Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Freitag, 22. März 2013
Ausgabe 057
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **2**
› Kita Hänsel und Gretel: Erbbaurechtsvariante wird geprüft 2
› München erblüht: Baureferat bringt den Frühling in die Stadt 3
› Infoabend zu europäischen Bürgerrechten 4
› Stadtbibliothek Allach - Untermenzing: Workshop Comiczeichnen 5
› MVHS: Neue Vortragsreihe „Wetterleuchten 1913“ 5
› Öffentliche Stadtrats-Sitzung der kommenden Woche 6
Baustellen aktuell **7**
Antworten auf Stadtratsanfragen **8**
› Hallo München, aufgewacht – Erfolgsgeschichte der neuen Pariser Doppelstock-S-Bahn auch in der Europäischen Metropolregion München (EMM) endlich aufgreifen 8
› Verkehrsplanung und geplanter Hallenbetrieb für Neubau der Dreifachsporthalle mit Tribüne am Theodolinden-Gymnasium, Am Staudengarten 2 in Untergiesing-Harlaching 11
› Laut und umweltschädlich – München sagt dem Einsatz von Laubbläsern den Kampf an! 17
› Jetzt noch eine dritte Synagoge? 19
› Der Städtetag klagt über Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien – Handlungsbedarf auch in München? 21
› Der Pferdefleisch-Skandal erreicht Deutschland – auch München? 24

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **26**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Samstag, 23. März, 13 Uhr, Marienplatz
Anlässlich der bundesweiten Aktion „Wir stehen auf!“ gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit spricht Bürgermeisterin Christine Strobl. Organisiert wird die Kundgebung durch den Verein „München ist bunt!“ in Kooperation mit dem Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München. Sprechen werden unter anderem auch Alt-OB Dr. Hans-Jochen Vogel und die Vorsitzende des Ausländerbeirates, Nükhet Kivran. Neben einem vielfältigen Kulturprogramm sind auch Gesprächsrunden zu den Themen „alltäglicher Rassismus“, „Flüchtlinge in München“ und „Fußball ohne Diskriminierung“ geplant.

Meldungen

Kita Hänsel und Gretel: Erbbaurechtsvariante wird geprüft
(22.3.2013) Die Kindertageseinrichtung „Hänsel und Gretel Kita GmbH“ ist an der Wunderhornstraße in Harlaching in einem Gebäude zur Miete untergebracht, das sich im Besitz der gemeinnützigen Gottfried und Lina Fischer-Stiftung befindet. Als Verwalterin der Stiftung steht das Sozialreferat/Stiftungsverwaltung in der Verantwortung, mit Hilfe der Erträge aus dem Stiftungsvermögen den Willen der Stifter – nämlich die Förderung bedürftiger Kranker und älterer Menschen – bestmöglich umzusetzen. Der Mietvertrag des Kindergartens läuft im Juni 2013 aus.
Das Referat für Bildung und Sport hatte sich bereit erklärt, das Anwesen inklusive aller Lasten und Pflichten zu übernehmen (siehe Rathaus Umschau vom 26. Februar). Dabei hätte die Stadt unter Ausschöpfung des bestehenden Baurechts eine Erweiterung der Einrichtung finanziert, so dass für den Stadtbezirk Harlaching zusätzliche und dringend benötigte Kinderkrippenplätze hätten geschaffen werden können. Der Hänsel und Gretel Kita GmbH wäre die Betriebsträgerschaft für die Einrichtung angeboten worden, die mit einer weiteren freiwilligen, d.h. über die gesetzliche Förderung hinausgehenden Förderung durch die Landeshauptstadt München (sog. Münchner Förderformel) gekoppelt wäre.
Nachdem die Hänsel und Gretel Kita GmbH dieses Angebot abgelehnt hatte, beauftragte der Stadtrat am 19. März das Sozialreferat damit, der

GmbH ein Angebot zu unterbreiten, das Anwesen im Erbbaurecht zu übernehmen. Dabei soll die Höhe des Erbbauzinses nach einem vom Kommunalreferat bereits im Jahr 2012 erstellten Bewertungsgutachten bemessen werden. Bei einer direkten Vergabe des Anwesens im Erbbaurecht an die Kita GmbH muss sich der Erbbauzins schon aus stiftungsrechtlichen Gründen zwingend nach den in dem Bewertungsgutachten festgestellten Rahmenbedingungen richten. Dieses Angebot einer Erbbaurechtsvariante steht unter dem Vorbehalt, dass die Regierung von Oberbayern als Kommunalaufsicht über die nichtrechtsfähigen Stiftungen eine direkte Vergabe des Anwesens ausnahmsweise für zulässig erachtet.
Aus städtischer Sicht stehen die Verhandlungen unter der Prämisse, die dortigen Kindergarten- und Kinderkrippenplätze zu sichern und zum Wohl der Kinder und Eltern den Fortbestand der gewohnten Betreuungsumgebung zu erhalten. Gleichzeitig sind die berechtigten Interessen der Stiftungsverwaltung zu berücksichtigen, die den Auftrag zu erfüllen hat, das Stiftungsvermögen für den sozialen Stiftungszweck angemessen zu verwerten.
Um den Kindern und Familien, dem Personal und der Trägerin bis zu einer endgültigen Entscheidung Sicherheit zu geben, erhält die Stadt ihr bereits am 25. Februar gemachtes Angebot aufrecht, den Mietvertrag bis zum Ende des Kindergartenjahres 2013/14 zu verlängern.

München erblüht: Baureferat bringt den Frühling in die Stadt
(22.3.2013) Der Frühling ziert sich heuer noch ein wenig, dennoch werden bald Fußgängerzonen, Grünanlagen, Parks und städtische Plätze erblühen. Ende März stellen die städtischen Gärtnerinnen und Gärtner des Baureferates/Gartenbau Pflanztröge mit Tulpen, Narzissen, Hyazinthen, Stiefmütterchen, Vergissmeinnicht, Tausendschönchen und Ranunkeln auf. In den Fußgängerzonen, am Hohenzollernplatz, vor dem Hauptbahnhof und am Sendlinger Tor verschönern sie das Straßenbild. An vielen Plätzen der Stadt und in Grünanlagen werden die Zierbeete bereits wieder frisch bestückt mit Frühjahrsblumen. Beliebt für ihre blühende Pracht sind der Gärtner- und Karolinenplatz, der Bordeaux- und Weißenburger Platz, der Odeons- und der Promenadeplatz. In diesem Jahr heißt der Trend: München ist bunt.
Die Blumenpracht kommt nicht von ungefähr: Die Fachleute in den Kulturgärtnereien des Baureferates komponieren jedes Jahr aufs Neue sorgfältig aufeinander abgestimmte Pflanzengesellschaften. Sie harmonieren in ihren Farben und in der Abfolge der Blühzeiten gut miteinander. Die Pflanzen werden in den Stadtgärtnereien herangezogen, neue Sorten wurden dort auf ihre Robustheit und Qualität erprobt. Die Neulinge werden auf

ihre gestalterische Qualität und ihre Widerstandskraft gegen Krankheiten und Schädlinge hin eine Vegetationsperiode lang intensiv beobachtet. Erst wenn sie diesen Eignungstest bestanden haben, werden sie gepflanzt.
Produziert wird nach ökologischen Richtlinien: Schädlinge werden durch Nützlinge reduziert. Den Kompost für die Pflanzsubstrate stellen die Gärtnereien selbst her. Die Pflanzenproduktion aus eigener Hand hat einen weiteren Vorteil: Den Zeitpunkt der Pflanzung können die städtischen Gärtnerinnen und Gärtner termingerecht steuern. So zieht der Frühling dann doch noch Ende März ein und bleibt bis Mitte Mai zur Freude der Münchnerinnen und Münchner und der zahlreichen Gäste der Stadt.
Frühjahrsflor 2013 in Zahlen:
- 54.000 Zwiebelpflanzen für die mobilen Pflanzgefäße
- 82.000 Zwiebelpflanzen für die Wechselflor-Beete
- 171.000 Zwiebelpflanzen für Schulen/Friedhöfe/Parkanlagen
- 307.000 Zwiebelpflanzen insgesamt
- 170.000 frühjahrsblühende Pflanzen (Viola, Bellis, Myosotis etc.)
- insgesamt 480 mobile Gefäße an 28 Standorten
- 23 Standorte der Wechselflor-Beete, Fläche 3.500 Quadratmeter

Infoabend zu europäischen Bürgerrechten
(22.3.2013) Am Mittwoch, 27. März, 17 Uhr, informiert das Europe Direct Informationszentrum München & Oberbayern zu europäischen Bürgerrechten. Joachim Ott, Leiter der Projektgruppe „Debatte zur Zukunft Europas“ der Europäischen Kommission, gibt Auskunft darüber, wie Bürgerinnen und Bürger besser über ihre Rechte im Rahmen der Unionsbürgerschaft informiert werden und an der konkreten Gestaltung der Union teilnehmen können. Praktische Beispiele für Inhalte und Auswirkungen der EU-Bürgerschaft geben Alexander Meindl von der AOK Bayern am Beispiel der Europäischen Krankenversicherungskarte und Silke Reinmöller vom Kreisverwaltungsreferat der Landeshauptstadt München zum Thema Freizügigkeit, also der Möglichkeit, in einem anderen Land zu wohnen und zu arbeiten. Veranstaltungsort ist die Europalounge auf Ebene 1.1 der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen unter *www.muenchner-stadtbibliothek.de/stadtbibliothek/veranstaltungenundaktionen.html.*
Das Europe Direct Informationszentrum München & Oberbayern (EDI) ist ein Gemeinschaftsprojekt des Fachbereichs Europa im Referat für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München und der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig mit Förderung der Europäischen Kommission.

Stadtbibliothek Allach - Untermenzing: Workshop Comiczeichnen
(22.3.2013) Kinder und Jugendliche mögen Comics gleichermaßen. Diejenigen unter ihnen, die selbst lernen möchten, wie Körpersprache, Gesichtsausdruck und besondere Eigenschaften zeichnerisch umgesetzt werden, haben am Donnerstag, 28. März, von 9.30 bis 13 Uhr die Möglichkeit dazu in der Stadtbibliothek Allach - Untermenzing, Pfarrer-Grimm-Straße 1. Schwerpunkt des Workshops mit der Illustratorin und Literaturvermittlerin Jule Pfeiffer-Spiekermann ist es, in die grundlegenden Techniken des Comiczeichnens einzuführen und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu einem individuellen künstlerischen Ausdruck zu verhelfen. So bekommen sie Hilfe bei der Entwicklung einer eigenen Comicfigur beziehungsweise einer kurzen Comicstory. Sie arbeiten in einem selbst hergestellten Comic-Heft, das sie behalten und in dem sie auch nach dem Kurs weiterüben können. Außerdem lernen sie Profi-Zeichenmaterial kennen. Ein Büchertisch verschafft zudem einen kleinen Einblick in die verschiedenen Richtungen des Comics und gibt Anregungen zur Entwicklung von eigenen Geschichten oder Figuren.
Eingeladen sind alle Kinder und Jugendlichen im Alter zwischen acht und 16 Jahren. Der Eintritt ist frei, die Teilnehmerzahl jedoch begrenzt. Die Anmeldung ist ab sofort an der Information der Stadtbibliothek Allach - Untermenzing möglich.
Weitere Informationen gibt es direkt in der Bibliothek, telefonisch unter 1 89 32 99-0 und per Mail: stb.allach-untermenzing.kult@muenchen.de.

MVHS: Neue Vortragsreihe „Wetterleuchten 1913“
(22.3.2013) Die Offene Akademie der Münchner Volkshochschule (MVHS) lädt am Mittwoch, 27. März, um 19 Uhr im Vortragssaal der Stadtbiblitohek Am Gasteig zum Vortrag „Eine Welt von Gegensätzen? Zentraleuropa um 1900“ ihrer neuen Vortragsreihe „Wetterleuchten 1913 – Prag, Wien und München vor dem Ersten Weltkrieg“ ein. Der österreichsche Historiker und Kulturwissenschaftler Professor Dr. Moritz Csáky gibt Einblicke in die gesellschaftlichen Umbrüche in Zentraleuropa um die Jahrhundertwende. Die Veranstaltung findet in Zusammenarbeit mit dem Collegium Carolinum und dem Tschechischen Zentrum München statt. Der Eintritt kostet 6 Euro. Eine Voranmeldung unter der Kursnummer BG 301 E ist bei allen Anmeldestellen der Münchner Volkshochschule möglich. Restkarten gibt es an der Abendkasse. Weitere Infos unter Telefon 4 80 06-62 20.
„Der große Krieg in Europa, der ewig droht, wird nie kommen. Die Bankiers werden nicht das Geld für solch einen Krieg auftreiben, die Industrie wird ihn nicht in Gang halten, die Staatsmänner können es nicht. Es wird

keinen großen Krieg geben." Leider sollte der amerikanische Pazifist und Präsident der Stanford University David Starr Jordan mit seiner optimistischen Prognose im Jahr 1913 nicht Recht behalten. Denn die Welt war im radikalen Umbruch begriffen: Urbanisierung, Mobilität, Globalisierung des Welthandels, Beschleunigung der technischen Entwicklung, abstrakte Kunst, Abstieg des Adels und Aufstieg der Frauenrechtsbewegung – die Moderne hatte begonnen. Die neue Vortragsreihe beschäftigt sich mit den Fragen, wie es sich in Prag, Wien und München in den Jahren vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs lebte, wie die neue Ordnung aussah und warum die alte zu Bruch ging.
Die weiteren Veranstaltungen:

- Dienstag, 9. April,19 Uhr: „Der Traum vom großen Prag" mit Professor Milan Hlavaèka, Institut für tschechische Geschichte der Karls-Universität Prag
- Mittwoch, 24. April, 19 Uhr: „So kommt ein flotteres Tempo in diese ohnehin raschlebige Zeit – Wien 1913" mit Dr. Siegfried Mattl, Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte und Gesellschaft Wien
- Dienstag, 7. Mai, 19 Uhr: „Leuchtete München? Die Prinzregentenzeit und ihr Ende" mit Professor Dr. Hans-Michael Körner, Emeritus der Ludwig-Maximilians-Universität
- Mittwoch, 15. Mai,19 Uhr: „Nichts ist erregender als die Wahrheit – Ein vielstimmiger Streifzug durch Prag, Wien und München", eine szenische Lesung in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Theaterakademie August Everding

Kontakt: Stefanie Hajak, Fachgebiet Politik und Gesellschaft der Münchner Volkshochschule, Telefon 72 10 06 30, Stefanie.Hajak@mvhs.de, und Susanne Lößl, Leitung Pressestelle der MVHS, Telefon 4 80 06-61 88, Susanne.Loessl@mvhs.de

Öffentliche Stadtrats-Sitzung der kommenden Woche
Montag, 25. März

9.00 Uhr Vollversammlung – Großer Sitzungssaal

Landeshauptstadt
München
Baureferat

Baustellen aktuell

Freitag, 22. März 2013

Tal (Altstadt)
Das Baureferat führt einen kompletten Straßenumbau durch.
Von 25. März bis Dezember 2013
wird in mehreren, aufeinander folgenden Bauabschnitten gearbeitet. Während der gesamten Bauzeit ist im Tal eine Einbahnregelung Richtung Isartor eingerichtet.
Am Montag, 25. März 2013 wird die, zwischen Sparkassenstraße und Hochbrückenstraße für die Fernkältelegung der Stadtwerke bereits bestehende, Einbahnregelung bis zum Isartor ausgeweitet. Für die Fahrradfahrer in Richtung stadteinwärts sind zwei Umleitungsstrecken ausgeschildert.

Allacher Straße / Wintrichring (Nymphenburg / Moosach)
Das Baureferat führt in diesem Jahr einen kompletten Kreuzungsumbau durch.
In den Osterferien werden im Vorfeld der Hauptbaumassnahme die provisorischen Verkehrsflächen hergestellt.
Von 25. März bis 7. April 2013
entfallen in den Stauräumen vor der Kreuzung einzelne Fahrspuren. Die freilaufenden Rechtsabbiegespuren sind gesperrt, das Abbiegen bleibt aber von den jeweils verbleibenden Fahrspuren stets möglich.

Maria-Eich-Straße (Pasing)
Das Baureferat führt zwischen Lichtingerstraße und Bachmairstraße eine Fahrbahnsanierung durch.
Von 25. März bis 5. April 2013
ist die Maria-Eich-Straße im Baustellenbereich für den Verkehr gesperrt. Der Durchgangsverkehr einschließlich der Linienbusse wird in beiden Richtungen über die Paosostraße und die Dachstraße bzw. den Mühlerweg umgeleitet.

Herterichstraße / Konrad-Witz-Straße (Solln)
Die Münchner Stadtentwässerung schließt den Neubau einer Kindertagesstätte an das Kanalnetz an.
Von 25. März bis 6. April 2013
ist in der Herterichstraße auf Höhe der Konrad-Witz-Straße eine Wechselverkehrsregelung mit Baustellenampel eingerichtet. Die Konrad-Witz-Straße ist in Richtung Bertelestraße einbahngeregelt.

Informationen zu laufenden Baumaßnahmen mit Verkehrseinschränkungen finden Sie im Internet unter
http://www.muenchen.de/baustellen

Herausgeberin: Landeshauptstadt München, Baureferat TZ / K, Baustellenkoordinierung
Telefon: (089) 2 33-6 00 50, Telefax: (089) 2 33-6 00 55, E-Mail: baustellen.bau@muenchen.de

Antworten auf Stadtratsanfragen

Freitag, 22. März 2013

Hallo München, aufgewacht – Erfolgsgeschichte der neuen Pariser Doppelstock-S-Bahn auch in der Europäischen Metropolregion München (EMM) endlich aufgreifen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Georg Kronawitter und Mechthilde Wittmann (CSU) vom 13.7.2012

Antwort Referat für Stadtplanung und Bauordnung:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Fragen des Fahrzeugeinsatzes (Doppelstock-S-Bahn) im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) fallen nicht in die Aufgabenträgerschaft der Landeshauptstadt München, so dass eine Behandlung auf diesem Weg erfolgt.

Vorab danken wir für die gewährte Terminverlängerung.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung teilt Ihnen zu Ihrem o. g. Antrag nun Folgendes mit:

Mit Schreiben vom 29.09.2011 zum Antrag von Herrn Stadtrat Dr. Kronawitter „Eine Sitzplatz-Perspektive für alle S-Bahn-Pendler schaffen – München schiebt an bei der Doppelstock-S-Bahn 2.0“ hatte das Referat für Stadtplanung und Bauordnung in Abstimmung mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (StMWIVT) die Durchführung eines Fachtages in der zweiten Jahreshälfte 2012 zum Thema „Doppelstock-S-Bahn“ in Aussicht gestellt.

Auch vor dem Hintergrund Ihres o. g. Antrages hat das Referat für Stadtplanung und Bauordnung dann gegenüber dem StMWIVT vorgeschlagen, einen entsprechenden Fachtag im Zeitraum Oktober/November 2012 mit Beteiligung des Freistaates Bayern, der Landeshauptstadt München und entsprechenden Fachleuten/Fachpublikum/Fahrzeugherstellern durchzuführen. Zudem wurde um Mitteilung gebeten, ob der Fachtag vom StMWIVT als dem zuständigen Aufgabenträger unter Mitwirkung/-finanzierung durch das Referat für Stadtplanung und Bauordnung organisiert werden kann.

Das StMWIVT hat dazu mit Schreiben vom 24.09.2012 insbesondere Folgendes mitgeteilt:

„Dem Einsatz von Doppelstocktriebzügen bei der Münchner S-Bahn stehen technische, verkehrliche und auch wirtschaftliche Gründe entgegen. Die dem Freistaat bisher vorliegenden Informationen über den Einsatz von Doppelstocktriebzügen bei der RER in der Region Paris geben keine Veranlassung einer geänderten Einschätzung für die Münchner S-Bahn.

Die Zuständigkeit für die Organisation, Finanzierung und Durchführung des Fachtages sehen wir allein bei der Landeshauptstadt München, da es sich hier um einen Vorschlag aus dem Stadtrat der Landeshauptstadt München handelt. Zudem widerspiegeln die Fachtag-Inhalte keine prioritären Planungsgrundlagen des Freistaates in seiner Zuständigkeit für den Schienenpersonennahverkehr."

Zum gleichen Thema führt der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) aus:

„Generell ist zu dem Thema Einsatz von Doppelstockfahrzeugen anzumerken, dass Überlegungen zu einem möglichen Fahrzeugkonzept nur unter der Prämisse überlegenswert sind, dass die zweite Stammstrecke realisiert ist. Für die Ausweitung der Kapazität bei bestehender Infrastruktur (nur eine Stammstrecke) – wie von Frau Stadträtin Wittmann und Herrn Stadtrat Dr. Kronawitter gefordert – kommen Doppelstockfahrzeuge selbst bei technischer Optimierung der Fahrzeuge allein schon aus betrieblichen Gründen nicht in Frage."

Auch wenn das StMWIVT seine Bereitschaft zur Teilnahme an einem entsprechenden „Fachtag" in Aussicht gestellt hat, erscheint die Durchführung eines „Fachtages" zum Thema „Doppelstock-S-Bahn" alleine durch das Referat für Stadtplanung und Bauordnung nicht möglich und sinnvoll. Dies ist um so bedauerlicher nachdem bereits Vorleistungen (z. B. Organisation von Ansprechpartnern bei der Bahnindustrie auf der Messe Innotrans 2012 im September in Berlin) seitens des Referates für Stadtplanung und Bauordnung erbracht wurden. Ohne verantwortliche Mitwirkung des für den Schienenpersonennahverkehr zuständigen Aufgabenträgers wäre die Ernsthaftigkeit des „Fachtages" gegenüber Bahnindustrie, zukünftigen SPNV-Leistungsträgern und Fachleuten jedoch kaum vermittelbar.

Es wird daher um Verständnis gebeten, dass das Referat für Stadtplanung und Bauordnung im Rahmen seiner Zuständigkeiten für den allgemeinen ÖPNV in München und der lediglich nachrichtlichen Berücksichtigung des Schienenpersonennahverkehrs im Nahverkehrsplan ohne eine konstruktive Beteiligung des zuständigen StMWIVT keine „Pionierarbeit“ für neue Entwicklungen im Münchner S-Bahn-System leisten kann.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Die im Stadtrat vertretenen Fraktionen und Gruppierungen haben einen Abdruck dieses Schreibens erhalten.

Verkehrsplanung und geplanter Hallenbetrieb für Neubau der Dreifachsporthalle mit Tribüne am Theodolinden-Gymnasium, Am Staudengarten 2 in Untergiesing-Harlaching
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann und Ursula Sabathil (Freie Wähler) vom 3.12.2012

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Wir nehmen Bezug auf Ihren Auftrag vom 04.12.2012 (Az.D-HA II/V1 215-23-0009) und Ihr Schreiben vom 27.12.2012.

In Ihrer Stadtratsanfrage vom 03.12.2012 stellen Sie eingangs folgenden Sachverhalt fest:
Mit Beschluss des Ausschusses für Bildung und Sport vom 04.07.2012 (Sitzungsvorlage Nr.08-14/V 09593) wurde der Abriss der bestehenden Sporthallen sowie der Neubau einer Dreifachsporthalle nebst Tribüne festgelegt.
Mittlerweile hat sich mit dem „Aktionsbündnis TLG-Turnhallen" eine Bürgerinitiative gebildet, die mit Unterstützung des BA 18 einige Ihres Erachtens berechtigte Anwohnerinteressen zu diesem Vorhaben vorbringt und vertritt. Besonders die Erwähnung „ausziehbarer Tribünen" sowie von Betriebszeiten Montag-Freitag bis 21.30 Uhr, aber auch die allgemeine verkehrliche Situation und die geplante Hallennutzung durch Vereine nach Abschluss der Baumaßnahmen geben Anlass zur Nachfrage und erfordern eine im Vergleich zum o.g. Beschluss detailliertere Darstellung.

Zu Ihrer Anfrage vom 03.12.2012 an Herrn Oberbürgermeister Ude kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Inwieweit ist es zutreffend, dass für das o.g. Vorhaben ausziehbare Tribünen geplant werden?

Antwort:
Für das Vorhaben sind insgesamt 318 Tribünenplätze geplant, davon sind 212 Plätze ausziehbar.

Frage 1 a:
Wenn ja, mit welchen Kosten im Vergleich zu einer herkömmlichen Tribünenauslegung ist dabei zu rechnen?

Antwort:
Die Kosten für die Auszugstribünen belaufen sich auf brutto 135.000 Euro und auf ca. 120.000 Euro für das dafür notwendige Gebäudevolumen, somit gesamt auf brutto 255.000 Euro.
Demgegenüber stehen ca. 685.000 Euro für das notwendige zusätzliche Gebäudevolumen, das für eine feste Tribünenanlage mit derselben Sitzanzahl notwendig wäre.

Frage 1 b:
Wenn ja, was sind die besonderen Gründe für diese Auslegung?

Antwort:
Die Gesamtanzahl der Tribünenplätze (318) kann nur in der Kombination von festen Tribünenplätzen und Auszugstribünen erfüllt werden.
Bei fest installierten Tribünenplätzen müsste das gesamte Hallengebäude um ca. 3,85 m breiter werden und somit würde sich die Grundfläche der Halle vergrößern. Damit wäre allerdings die bauliche Einbindung der neuen Sporthalle hinsichtlich Pausenhof, Abstand zur Mensa und zum Kindergarten nicht mehr möglich.

Frage 2:
Welche Betriebszeiten für die neue Dreifachsporthalle sind generell geplant?

Antwort:
Es ist grundsätzlich davon auszugehen, dass die Dreifachsporthalle wochentags von 8 - 23 Uhr genutzt sein wird. In der Wintersaison werden an den Wochenenden Punktspiele und Veranstaltungen ausgetragen.

Frage 2 a:
Welche Zeiträume entfallen dabei exklusiv auf den Schulsport?

Antwort:
Nach dem Schulfinanzierungsgesetz hat der Schulsport Vorrang vor außerschulischen Belegungen (z.B. durch Sportvereine). Im Regelfall belegen Gymnasien die zugehörigen Sporthallen wochentags bis 17 Uhr.

Frage 2 b:
Welche Zeiträume sind für den Vereins- und Breitensport vorgesehen?

Antwort:
Der Stadtratsbeschluss vom 27.07.2011 ermöglicht für die städtischen Mehrfachhallen nach dem Ende der schulischen Belegung maximal folgende Nutzungszeiten:
Montag bis Freitag bis 23 Uhr
Samstag und Sonntag 7 bis 23 Uhr

Hier wurden jedoch reduzierte Nutzungszeiten festgelegt, die auch im genehmigten Nutzerbedarfsprogramm (unter dem Punkt „Besondere Anforderungen") fixiert wurden:
Montag bis Freitag bis 21.30 Uhr
Samstag und Sonntag 10 bis 20 Uhr

Frage 3:
Welche und wie viele außerschulische Veranstaltungen und Wettkämpfe sind in der neuen Sporthalle pro Jahr geplant?

Antwort:
Alle städtischen Doppel- und Dreifachhallen mit separatem Eingang werden an den Wochenenden der Wintersaison regelmäßig von den Sportverbänden (Handball-, Volleyball-, Basketballvereine, Hockey, Badmintonverband) für Punktspiele genutzt.
Welche und wie viele Punktspiele ausgetragen werden, ist in jedem Schuljahr abhängig von der Anzahl der im Spielbetrieb gemeldeten Mannschaften. Eine eindeutige Auskunft kann derzeit nicht erteilt werden.

Frage 3 a:
Mit wie vielen Zuschauern ist dabei durchschnittlich zu rechnen?

Antwort:
In den unteren Ligen sind neben den aktiven Sportlern meist nur maximal 30 Eltern (bei Kinder- und Jugendspielen) anwesend.
Bei Punktspielen höherer Ligen und Veranstaltungen kann es im Einzelfall vorkommen, dass die vorhandene Tribünenkapazität (318 Plätze) ausgeschöpft wird. Derzeit kann noch keine Aussage getroffen werden, wie oft dies der Fall sein wird.

Frage 3 b:
Wie wird dem Parkraumbedarf bei diesen Veranstaltungen Rechnung getragen?

Antwort:
Der bestehende Lehrerparkplatz wird von derzeit 27 auf 46 Stellplätze erweitert und bei Bedarf mit einer Schranke versehen, damit kein Unberechtigter den Parkplatz nutzt und kein unnötiges Verkehrsaufkommen entsteht.
Außerdem wird den Vereinen bei der Vergabe der Halle der Hinweis gegeben, dass sie den MVV (U-Bahn-Endhaltestelle Mangfallplatz ist nur wenige Minuten entfernt) nutzen können.
Ferner besteht die Möglichkeit, dass Besucher die nahegelegene P+R-Tiefgarage nutzen können. Hier laufen derzeit Verhandlungen mit dem Betreiber und der Regierung, die das Ziel haben, dass für die Besucher der Sportveranstaltungen ein Parkplatzkontingent zur Verfügung gestellt wird.

Frage 4:
Welche Vereine mit welchen Sportarten nutzen heute zusätzlich zum Schulbetrieb die Sporthallen des Theodolinden-Gymnasiums?

Antwort:
Die Sporthallen des Theodolindengymnasiums werden von folgenden Organisationen genutzt:
- TSV Turnerbund e.V.
- Lehrersport am Staudengarten
- FC Bayern München e.V.
- Sportgruppe Schmoranzer
- Agfa-Sportverein e.V.
- FC Arcis von 1967

Frage 4 a:
Welche Vereine mit welchen Sportarten sind nach dem Neubau der Dreifachsporthalle vorgesehen?

Antwort:
Nach den Sportförderrichtlinien der Landeshauptstadt München werden Dreifachsporthallen ausschließlich für wettkampforientierten Sport der Sportarten Badminton, Basketball, Handball, Hockey und Volleyball genutzt.
Die Festlegung der Nutzer erfolgt ca. ein halbes Jahr vor der Eröffnung.

Frage 5:
Wie stellt sich generell die Verkehrssituation v.a. hinsichtlich der Parkraumangebotes und des Bedarfs im Umfeld der Sporthalle heute dar?

Antwort:
Die Untersuchung der Verkehrsbelastung (Stand 2010) hat ergeben, dass die Morgenspitzenstunde sowohl an den Knotenpunkten als auch in den umgebenden Wohnstraßen durch den morgendlichen Berufsverkehr geprägt ist.

Die Spitzenbelastungen am Wochenende sind in den Wohnstraßen sehr gering. Das bestehende Parkraumangebot war nicht Gegenstand der in Auftrag gegebenen Verkehrs- und Schallschutzgutachten.

Frage 5 a:
Welche Entwicklung erwartet die LH München nach Abschluss der Baumaßnahmen und Aufnahme des Sportbetriebes in dieser Hinsicht?

Antwort:
Es ist, bedingt durch das zusätzliche Hallendrittel, mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen zu rechnen. Laut Verkehrsgutachten sind allerdings verkehrliche Probleme während der Spitzenstunden weder am Werktag noch am Wochenende zu erwarten.

Frage 5 b:
Welche vorbeugenden Maßnahmen – außer der im Beschluss vorgesehenen Begrenzung auf bestimmte Zeitfenster – zum Schutz der Anwohner vor zusätzlichem Verkehrslärm sind vorgesehen?

Antwort:
Hier wird auf die Antwort zu Frage 3 b verwiesen (Hinweis auf Nutzung des MVV, Möglichkeit der Nutzung der nahegelegenen P+R-TG).

Frage 5 c:
Ist geplant in diesem Gebiet ein Parkraummanagement mit Parklizenzgebieten für die Anwohner einzuführen?

Antwort:
Dem Referat für Bildung und Sport liegen hierüber keine Informationen vor. Das Kreisverwaltungsreferat (Hauptabteilung III, Abteilung 1-Verkehrsmanagement) ist hierfür die zuständige Stelle.

Frage 6:
Inwieweit ist vorgesehen – ggf. im Rahmen der Baumaßnahmen – auch beim TLG eine offenbar notwendige Erneuerung der Heizungsanlage vorzunehmen sowie die Sanitäranlagen dort zu renovieren?

Antwort:
Die neue Sporthalle wird zentral von der Schule mitversorgt werden. Die bestehende Heizzentrale wird im Zusammenhang mit dem Neubau erneuert und die Heizleistung erhöht. Die umfangreiche Sanierung von Heizkörpern und Heizleitungen soll nach Inbetriebnahme der Dreifachsporthalle in mehreren Bauabschnitten durchgeführt werden. Parallel hierzu soll die Sanierung der jeweiligen WC-Anlagen erfolgen.

Laut und umweltschädlich – München sagt dem Einsatz von Laubbläsern den Kampf an!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 19.10.2012

Antwort Baureferentin Rosemarie Hingerl:

Sie haben am 19.10.2012 Folgendes beantragt:

„Die Stadt München schränkt den Einsatz von Laubbläsern/„Laubsaugern" ein, indem
- *eigene städtische Kräfte der Hauptabteilung Gartenbau im Baureferat künftig zur Laubbeseitigung grundsätzlich nicht mehr mit Laubbläsern/ „Laubsaugern" ausgestattet werden; die Geräte sollen nur noch in begründeten Ausnahmefällen zur Verwendung kommen;*
- *Haus- und Grundbesitzer von der Stadt aufgefordert werden, auf ihren Anwesen ebenfalls nach Möglichkeit auf den Einsatz von Laubbläsern/ „Laubsaugern" zu verzichten;*
- *erforderlichenfalls zusätzliches Personal auf der Basis von „1-Euro-Jobs" und vergleichbaren Beschäftigungsmodellen für die manuelle Laubbeseitigung rekrutiert wird."*

Falls Sie einverstanden sind, beantworten wir Ihren Antrag in dieser Form und teilen Ihnen Folgendes mit:

- Vorgehensweise des Baureferates (Gartenbau) beim Einsatz von Geräten zur Laubbeseitigung

Der Einsatz von Geräten bei der Laubbeseitigung war bereits mehrfach Gegenstand von Stadtratsbeschlüssen. Für das Baureferat ist dabei – zusätzlich zu den gesetzlichen Vorschriften – insbesondere der Beschluss des Bauausschusses „Kein Einsatz von Laubblasegeräten bei der Straßenreinigung; keine Laubblas- und Laubsauggeräte auf städtischen Grünflächen, Einsatz von Industriestaubsaugern mit Rußpartikelfiltern statt Laubblasgeräten bei der Gehwegreinigung" vom 16.11.2004 (Sitzungsvorlage Nr. 02-08/V 03902) maßgeblich.

Im Beschluss des Umweltschutzausschusses vom 22.05.2012 (Sitzungsvorlage Nr. 08-14/V 08825) wurde dem Einsatz von Laubblasgeräten auf den städtischen Friedhöfen – deren Flächen zu gut einem Drittel als öffentliches Grün deklariert sind – weiterhin zugestimmt.

- Personalzuschaltung auf der Basis von „1-Euro-Jobs“ oder vergleichbaren Beschäftigungsmodellen

Das Personal- und Organisationsreferat teilt zu diesem Antragspunkt mit, dass Voraussetzung für den Einsatz von Personal auf Basis von geförderten Arbeitsgelegenheiten (sog. „Ein-Euro-Jobs“) u. a. ist, dass es sich bei den zu verrichtenden Aufgaben um zusätzliche Arbeiten handelt.

Die Laubbeseitigung stellt eine Aufgabe dar, zu der die Landeshauptstadt München entweder rechtlich verpflichtet ist oder die dem Werterhalt vorhandener Grünflächen dient. In beiden Fällen sind die Arbeiten zwingend und unverzüglich durchzuführen und stellen somit keine zusätzlichen Arbeiten im Sinne des § 16 d SGB II dar.

Ein Einsatz von geförderten Arbeitsgelegenheiten ist deshalb nicht möglich.

- Appell an private Haus- und Grundbesitzer zum Verzicht auf Laubblas- und Laubsauggeräte

Das zuständige Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) teilt mit, dass dem Antragspunkt bereits entsprochen wird.
Von den Nutzern der Geräte an das RGU herangetragene Anfragen werden immer dahingehend beantwortet, dass ihr Einsatz möglichst vermieden werden soll.

Wir bitten, von den Ausführungen Kenntnis zu nehmen und gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Jetzt noch eine dritte Synagoge?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 22.1.2013

Antwort Referat für Stadtplanung und Bauordnung:

Mit Schreiben vom 22.01.2013 haben Sie gemäß § 68 GeschO folgende Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung wie folgt beantwortet wird:

Ihrer Anfrage stellen Sie folgenden Text voran:
"Nachdem die LHM erst vor wenigen Wochen ihre Unterstützung für die Renovierung der „Alten Synagoge" in der Reichenbachstraße bekundet hat, nimmt die Öffentlichkeit nicht ohne Erstaunen zur Kenntnis, dass offenbar auch die Planungen für eine weitere, nunmehr dritte Synagoge bereits fortgeschritten sind. Auf eine diesbezügliche Anfrage des Fragestellers vom 01.08.2011 konnte das Referat für Stadtplanung und Bauordnung seinerzeit noch nicht mit konkreten Informationen aufwarten. Dieser Tage nun ist einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung" zu entnehmen, daß für die Errichtung der von der liberalen „Beth Shalom"-Gemeinde getragenen Synagoge bereits Spenden gesammelt werden; auch ein Entwurf des US-Architekten Daniel Libeskind liegt dem Vernehmen nach vor. – Die 2011 unbeantwortet gebliebenen Fragen werden damit unversehens wieder aktuell."

Frage 1:
Ist die liberale jüdische Gemeinde mittlerweile mit konkreten Standort- und/oder Unterstützungswünschen für das Libeskind-Synagogenprojekt an die LHM herangetreten?

Antwort:
Die Gemeinde Beth Shalom hat zwar im Februar schriftlich bekundet an ihrem Synagogenprojekt festzuhalten, dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung liegt jedoch derzeit kein Auftrag zur Standortsuche und/oder Unterstützungswunsch für eine Nutzung als Synagoge vor.

Frage 2:
Hat die liberale Gemeinde mittlerweile ein Finanzierungskonzept vorgelegt?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 3:
Wie ist der aktuelle Stand der Standortüberlegungen? Gibt es außer dem seinerzeit ins Auge gefaßten Standort in der Reitmorstraße auch alternative Standortüberlegungen?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Der Städtetag klagt über Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien – Handlungsbedarf auch in München?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 5.2.2013

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer Anfrage vom 05.02.2013 führen Sie Folgendes aus:

„Nachdem sich erst vor wenigen Monaten der bayerische Innenminister für eine zeitweilige Aussetzung der Schengen-Reisefreiheit für Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien ausgesprochen hat (Asylbewerber aus den beiden Ländern hätten es „ausschließlich auf die Sozialleistungen abgesehen"; vgl. auch Antrag der BIA vom 17.10.2012: http://www.ris-muenchen.de/RII2/RII/ris_antrag_detail.jsp?risid=2784316), kann nunmehr auch der Deutsche Städtetag seine Augen nicht länger vor den Folgen des ungebremsten Zuzugs verschließen. In einem „internen Papier" warnen die Städte laut „Spiegel": „Die soziale Balance und der soziale Friede" seien „in höchstem Maße gefährdet". Besonders „problematisch ist (...) der hohe Anteil der Roma" (zit. nach: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/deutsche-staedte-klagen-ueber-zuwandereraus-rumaenien-und-bulgarien-a-881212.html). Den Kommunen entstünden durch die Zuwanderung „erhebliche Kosten" für Notunterkünfte, medizinische Versorgung und soziale Leistungen. – In manchen Städten habe sich die Zuwanderung aus den beiden genannten Ländern seit 2006 versechsfacht. – Es stellen sich naheliegende Fragen."

Zu Ihrer Anfrage vom 05.02.2013 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Ausweislich einer verstärkten Berichterstattung der Tagespresse machen sich Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien – häufig Sinti und Roma – auch in München schon seit längerem u.a. durch aufdringliches und organisiertes Betteln, durch einen illegalen, aber offenbar geduldeten Kfz-Abstellplatz unter der Donnersberger Brücke u.v.a. bemerkbar (vgl. dazu u.a. Rathaus-Anfrage der BIA vom 08.11.2012). Inwieweit kann das KVR oder eine andere städtische Stelle vor diesem Hintergrund eine Zunahme des Zustroms von Menschen aus Rumänien und Bulgarien im genannten Umfang für die LHM bestätigen? Welche Zahlen für derzeit in München lebende Migranten aus Rumänien und Bulgarien liegen vor (ggf. Schätzungen)? Wie entwickelten sich die Zahlen seit 2006?

Antwort:
Die Ausländerbehörde München bestätigt angestiegene Zuwanderungszahlen von rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen. Dabei handelt es sich auch um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Selbstständige, Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und deren Familienangehörige aus den unterschiedlichsten ethnischen Gruppen.

Die Zuwanderungszahlen haben sich wie folgt entwickelt:

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Bulgarinnen bzw. Bulgaren	2973	3826	4436	5130	5989	7603	8832
Rumäninnen bzw. Rumänen	4272	5366	6105	6546	8035	10866	12739

Frage 2:
Welche Angaben kann die Stadt zu den vom Städtetag angesprochenen gestiegenen „erheblichen Kosten" für Notunterkünfte, medizinische Versorgung und soziale Leistungen infolge der massiven Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien machen, soweit die LHM betroffen ist?

Antwort:
Neuzuziehenden stehen Leistungen aus dem System der Wohnungslosenhilfe, also auch die Unterbringung in einer Notunterkunft, grundsätzlich nicht zu. Für die laufende Frostperiode wurden aber Kälteschutzräume auf dem Gelände der ehemaligen Bayernkaserne eingerichtet.

Die Gesamtkosten dieser Einrichtung, die auch von Zuziehenden aus den neuen Unionsländern genutzt werden kann, sind der Vorlage 08-14/V 10525, „Einrichtung und Betrieb eines Kälteschutzraumes für die Kälteperiode; Einrichtung eines ganzjährigen Beratungsdienstes ...", Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 28.11.2012, zu entnehmen.

Derzeit beziehen 542 Rumäninnen und Rumänen sowie 498 Bulgarinnen und Bulgaren Leistungen nach dem SGB II. 41 Rumäninnen und Rumänen sowie 78 Bulgarinnen und Bulgaren erhalten Sozialhilfe bzw. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Sie erhalten jeweils die im SGB II bzw. SGB XII für EU-Bürgerinnen und -Bürger üblichen Leistungen. Angaben über die ausbezahlte Leistungssumme für einzelne Personenkreise sehen die beiden IT-Systeme A2LL und LÄMMkom nicht vor.

Frage 3:
Falls keine Angaben zu 2. gemacht werden können: welche Mittel musste die LHM 2012 für die Bereitstellung von Notunterkünften, medizinischer Versorgung und sozialen Leistungen für Flüchtlinge, Asylbewerber und Personen ohne geklärten Aufenthaltsstatus in München aufwenden? Wie hoch ist der Anteil (ggf. geschätzt) von Menschen aus Rumänien und Bulgarien an dieser Personengruppe?

Antwort:
Vgl. Antwort zu Frage 2.

Frage 4:
Mit welchen eigenen Initiativen wird die LHM versuchen, den vom Städtetag angesprochenen steigenden Belastungen durch eine massiv zunehmende Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien zu begegnen?

Antwort:
Die städtischen Initiativen sind folgenden Stadtratsbeschlüssen zu entnehmen:

Vorlagen-Nr.: 08-14/V 10525: Einrichtung und Betrieb eines Kälteschutzraums für die Kälteperiode; Einrichtung eines ganzjährigen Beratungsdienstes...
Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats am 28.11.2012

Vorlagen-Nr.: 08-14/V 06165: Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ), Projektförderung: „Info-Zentrum Migration und Arbeit“
Beschluss des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am 08.05.2012

Vorlagen-Nr.: 08-14/V 10265: Umgang mit Zuwanderern aus den neuen EU-Beitrittsländern; „Bildung statt Betteln“, Entfristung des Projekts und Zuschaltung (Produkt 60.6.2.1, Integrationshilfen nach Zuwanderung)
Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats am 28.11.2012

Der Pferdefleisch-Skandal erreicht Deutschland – auch München?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 14.2.2013

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

In Ihrer Anfrage vom 14.02.2013 weisen Sie auf Folgendes hin:

„Medienberichten zufolge hat der aktuelle Pferdefleisch-Skandal mittlerweile auch deutsche Tiefkühl-Theken erreicht. Eine erste Supermarktkette rief jetzt ein Lasagne-Produkt zurück, und ein Tengelmann-Produkt soll von einem französischen Skandal-Zulieferer stammen. Die Rückrufaktionen sollen rein vorsorglich erfolgt sein, eine Gesundheitsgefahr bestehe nicht. – Es stellen sich gleichwohl Fragen."

Ihre Anfrage hat mir Herr Oberbürgermeister Christian Ude zur unmittelbaren Beantwortung übergeben.

Ihre Fragen werden in Abstimmung mit dem Oberbürgermeister wie folgt beantwortet:

Frage 1:
Ist bekannt, inwieweit Rindfleischprodukte, die möglicherweise Pferdefleisch enthalten, auch in Münchner Supermärkten und Lebensmittelgeschäften aufgetaucht sind?

Antwort:
Es wurden europaweit Betriebe mit falsch deklarierten Produkten beliefert, auch in München.

Frage 2:
Wie versucht die LHM ggf. dafür Sorge zu tragen, dass Rindfleischprodukte, die Pferdefleisch enthalten, in München nicht in den Verkauf gelangen? Führt die städtische Lebensmittelüberwachung ggf. eigene Stichproben durch – wenn ja, in welcher Intensität?

Antwort:
Im Jahr 2012 wurden in München insgesamt 96 Proben zur Tierartbestimmung bei Wurstwaren, Hackfleisch, Gulasch etc. genommen. Es wurde kein Pferdefleisch festgestellt.

Frage 3:
Ist bekannt, ob und in welchem Ausmaß auch in München Supermärkte oder Einzelhändler Rindfleischprodukte, die womöglich Pferdefleisch enthalten, wieder aus dem Verkauf genommen haben?

Antwort:
Aufgrund der großflächigen Rückrufaktionen durch die aus der Presse bereits bekannten großen Supermarktketten ist eine genaue Bestimmung der zurückgerufenen Mengen in München nicht möglich. Bei den Kontrollen der Lebensmittelüberwachung wurde festgestellt, dass die Ware sofort nach dem Bekanntwerden der Beanstandungen aus den Regalen genommen wurde.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Freitag, 22. März 2013

Konzeptfortschreibung für Alkoholkranke
Antrag Stadträtinnen Dr. Ingrid Anker und Monika Renner (SPD)

Wohnungspolitische Optimierungsmaßnahmen in der Messestadt aufzeigen
Antrag Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Josef Schmid (CSU)

Zweispuriger Ausbau des Mittleren Rings im Nord-Westen an der Hochbrücke vom Georg-Brauchle-Ring
Antrag Stadträtin Mechthilde Wittmann (CSU)

Sexismus-Problem ernst nehmen! MitarbeiterInnen und Führungskräfte städtischer Beteiligungsgesellschaften für Sexismus und Diskriminierung sensibilisieren und ein Präventions- und Handlungskonzept erarbeiten!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Gülseren Demirel, Lydia Dietrich, Jutta Koller, Sabine Nallinger und Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgerbeteiligung zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur: Probleme per Smartphone-App melden (Fixmystreet für München)
Antrag Stadtrat Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Monika Renner
Stadträtin

Dr. Ingrid Anker
Stadträtin

München, den 22.03.2013

Konzeptfortschreibung für Alkoholkranke

Antrag:

Das RGU stellt einen aktuellen Sachstand des Umgangs mit Alkoholkranken dar. Insbesondere interessiert, welche Erfahrungen mit dem Programm „Kontrolliertes Trinken“ in München gemacht werden und ob die Entwicklung eines diesbezüglichen Konzeptes als Frühintervention bei Alkoholkranken sinnvoll ist.

Begründung:

Das Konzept „Kontrolliertes Trinken“ impliziert im Vergleich zum Ansatz absoluter Abstinenz ein niederschwelligeres Angebot, um Suchtkranken einen Weg aus ihrer Alkoholabhängigkeit zu bieten: Anstelle eines gänzlichen Verzichts auf Alkohol, erlernen Suchtkranke hierbei eine Konsum-Reduzierung und damit einhergehend ein Handhabung sucht-auslösender Situationen.
Hinsichtlich wissenschaftlicher Erkenntnisse lassen sich Studien nennen, welche den Therapieerfolg des kontrollierten Trinkens bzw. eine Redukion von Abhängigkeitssymptomen mittels dieses Ansatzes bestätigen. In Ländern wie Großbritannien, Schweden oder den USA wird das Konzept bereits seit längerer Zeit akzeptiert und auch in Deutschland bestehen bereits diesbezügliche Angebote.

gez.
Monika Renner
Stadträtin

gez.
Dr. Ingrid Anker
Stadträtin

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Antragsteller:
Stadtrat Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat Josef Schmid

ANTRAG

22.03.2013

Wohnungspolitische Optimierungsmaßnahmen in der Messestadt aufzeigen

Der Stadtrat möge beschließen:

Es wird dargestellt, wie im Rahmen des angekündigten Handlungsprogramms des Sozialreferates für die Messestadt Riem mittels wohnungspolitischer Maßnahmen (z. B. bei der Wohnungsvergabe) eine Stabilisierung punktueller sozialpolitischer Schieflagen erreicht werden kann.

Begründung
Die Messestadt Riem ist kein Ghetto, sondern ein Stadtviertel mit viel Potenzial. Wie auch das Sozialreferat erkannt hat, sind aber Korrekturen notwendig, insbesondere im Bereich der geförderten Wohnungen. In diesem Segment herrscht auch die größte Bewohnerunzufriedenheit.

Auch beim Planungsreferat ist diese Erkenntnis zum Umsteuern mittlerweile vorhanden. So hat es dem örtlichen BA in /1/ kürzlich mitgeteilt, dass es bei der anstehenden B-Planänderung im Bereich der Messestadt Ost im Einvernehmen mit dem Sozialreferat dem Stadtrat vorschlagen werde, auf eine Ausweisung von KommPro A-Wohnungen zu verzichten und das neu entstehende Wohnbaurecht etwa hälftig auf frei finanzierten Wohnungsbau und auf das München Modell zu verteilen, wobei für letzteres ein hoher Anteil an Genossenschaften vorgesehen ist.

Allerdings löst dies nicht sozialpolitische Schieflagen in den abgeschlossenen Bereichen der Messestadt. Hier bleibt das am 5.3. vorgestellte Integrierte Handlungskonzept zu unbestimmt. Eine klare Zielbestimmung ist aber gerade hier notwendig.

Quelle
/1/ „Soziale Integrationsfähigkeit der Messestadt nicht überdehnen“, BA-Antrag-Nr. 08-14/B04124 unter:
http://www.ris-muenchen.de/RII2/BA-RII/ba_antraege_dokumente.jsp?Id=2715056&selTyp=BA-Antrag

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Dr. Georg Kronawitter, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

CSU
Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadträtin
Mechthilde Wittmann

ANTRAG

22.03.2013

Zweispuriger Ausbau des Mittleren Rings im Nord-Westen an der Hochbrücke vom Georg-Brauchle-Ring

Die LH München wird aufgefordert, bis zur Eröffnung des Tunnels am Luise-Kiesselbach-Platz im Jahre 2015 den Mittleren Ring im Nord-Westen an der Hochbrücke vom Georg-Brauchle-Ring zur Landshuter Allee zweispurig auszubauen.

Begründung:

Bei der Einmündung des Georg-Brauchle-Rings in die Landshuter Alle auf der Hochbrücke am Mittleren Ring verengen sich die 2 Fahrbahnen auf eine Spur, so dass es regelmäßig während der Rush-Hour zu Staus kommt.

Die frühere zweispurige Einmündung wurde von der Stadt vor einigen Jahren zurückgebaut mit dem Argument, dass sich der Verkehrsstau nur weiter Richtung Luise-Kiesselbach-Platz verlagern würde und die Einfädelung so sicherer sei.

Wenn 2015 in 2 Jahren der Tunnel am Luise-Kiesselbach-Platz eröffnet wird, ist die Hochbrücke immer noch die die einzige Stelle am Mittleren Ring, die einspurig ist und an der es zu Stauungen kommt.

Mit geringen Mitteln kann die Situation entschärft werden, wenn eine zusätzliche Spur auf etwa 100 m Länge zwischen Hochbrücke und Borstei statt des Standstreifen eingerichtet wird und ein neuer Standstreifen dafür angebaut wird. Für diese Baumaßnahme wäre nur der Austausch von 4 großen älteren Bäume gegen eine Nachpflanzung notwendig.

Der Aufwand ist minimal gegenüber dem Ausbau am Mittleren Ring im Bereich des Englischen Gartens mit der gefürchteten Stau-Ampel. Die Wirkung dafür umso größer:
Der Mittlere Ring wird seiner Bedeutung gerecht, der Verkehr fließt schneller ab,
Kraftstoff wird eingespart und damit Abgase vermindert.

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Die Erweiterung der Standspur liegt auf dem angrenzendem Gebiet des BA 10 Moosach, der Stau aber auf dem Gebiet des BA 11. Deshalb muss die Maßnahme als gemeinsame Aktion der beiden Bezirksausschüsse durchgeführt werden.

gez.
Mechthilde Wittmann, Stadträtin
stv. Fraktionsvorsitzende

Anlage: Foto 1 Mittlerer Ring Landshuter Alle nach Süden Richtung Borstei
Foto 2 Mittlerer Ring Landshuter Alle nach Norden mit zu fällenden Bäumen

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 21.03.2013

Antrag

Sexismus-Problem ernst nehmen ! MitarbeiterInnen und Führungskräfte städtischer Beteiligungsgesellschaften für Sexismus und Diskriminierung sensibilisieren und ein Präventions- und Handlungskonzept erarbeiten!

Der Stadtrat möge beschließen:

Die MitarbeiterInnen und Führungskräfte der städtischen Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften werden für Sexismus und Diskriminierung sensibilisiert. Es wird ein umfassendes Präventions- und Handlungskonzept erarbeitet, um Sexismus und Diskriminierung am Arbeitsplatz zu verhindern. Damit soll auch gewährleistet werden, dass allen MitarbeiterInnen und Führungskräfte städtischer Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften Vertrauenspersonen bzw. Beschwerdeinstanzen zur Verfügung stehen, an die sie sich als Betroffene von Diskriminierung und sexuellen Übergriffen wenden können.

Begründung:

Der aktuelle Sexismus-Vorfall bei der Messe München zeigt, dass sexuelle Belästigung und Diskriminierung am Arbeitsplatz ernst zu nehmende Probleme sind, gegen die endlich härter durchgegriffen werden muss. Obwohl der leitende Angestellte der Messe München seine Assistentin über Jahre verbal und sexuell belästigt hat und er dafür mehrfach abgemahnt wurde, wurden lange keine arbeitsrechtlichen Konsequenzen gezogen. Stattdessen sollte der leitende Angestellte bis Ende 2014 im Amt bleiben. Erst am 21.03.2013 einigten sich die Gesellschafter der Messe München auf eine sofortige Entbindung von seinen Aufgaben. In Zukunft sollten bei ähnlichen Vorfällen in städtischen Beteiligungsgesellschaften frühzeitig der Aufsichtsrat informiert werden und die entsprechenden arbeitsrechtlichen Konsequenzen bzw. eine Entlassung folgen.

Darüber hinaus müssen Sexismus und Diskriminierung am Arbeitsplatz auch in städtischen Eigenbetrieben und Beteiligungsgesellschaften dringend stärker diskutiert und die MitarbeiterInnen dafür sensibilisiert werden. Dafür sollte ein umfassendes Präventionskonzept erarbeitet werden, um Sexismus und Diskriminierung am Arbeitsplatz zukünftig zu verhindern und v.a. Führungskräfte speziell zu schulen. Sollte es dennoch zu Vorfällen von sexueller Belästigung und Diskriminierung kommen, müssen den MitarbeiterInnen der städtischen Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften Beschwerdestellen bzw. Vertrauenspersonen zur Verfügung stehen, an die sich die Betroffenen wenden können. Bis diese Instanzen bei allen städtischen Eigenbetrieben und Beteiligungsgesellschaften eingerichtet sind, können sich die MitarbeiterInnen an die

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

städtische Gleichstellungsstelle wenden, die beim Direktorium angesiedelt ist.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:

Gülseren Demirel
Lydia Dietrich
Sabine Nallinger
Jutta Koller
Dr. Florian Roth
Anja Berger

Mitglieder im Stadtrat

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
STADTRATSFRAKTION
ROSA LISTE
MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 22.03.2013

Antrag

Bürgerbeteiligung zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur:
Probleme per Smartphone-App melden (Fixmystreet für München)

Die Stadtverwaltung entwickelt möglichst gemeinsam mit der IT-Community eine Web- und Smartphone-Anwendung, mit der Mängel in der kommunalen Infrastruktur an die Stadtverwaltung gemeldet werden können. Vorbild hierbei könnten sein Fixmystreet (Großbritannien) oder Maerker (Brandenburg).

Begründung:

Schon seit einigen Jahren ist es möglich, nach dem Motto „Bei Anruf Licht!“[1] über ein Servicetelefon defekte Straßenleuchten beim Baureferat zu melden. Eine Störung wird dann in der Regel innerhalb von drei Werktagen behoben. Inzwischen gibt es hierzu auch ein Online-Formular[2].
Sinnvoll wäre es, dies Angebot qualitativ (durch Entwicklung einer Smartphone-App) als auch quantitativ (durch Einbeziehung weiterer Themen der kommunalen Infrastruktur) zu erweitern.
Vorbild hierbei könnte die in Großbritannien entwickelte Online- und Smartphone-Anwendung Fixmystreet[3] sein. Dies ist eine Smartphone-App, mit der z.B. Schlaglöcher, unzureichende oder beschädigte Mülleimer, kaputte Straßenbeleuchtung, Gefahrenstellen bei Radwegen (z.B. bei unzureichendem Winterdienst) gemeldet werden können. Der Ort des Schadens wird lokalisiert und es kann auch ein Foto hochgeladen werden. Neben der Smartphone-App wird auch ein Online-Formular angeboten.
In einigen Städten Deutschlands wurde dies britische Vorbild in angepasster Form übernommen.
Beim Maerker Brandenburg z.B. machen inzwischen 51 Kommunen (u.a. Potsdam) mit. Bisher wurden 13.665 (Stand: 17.03.2013) gemeldet.[4]
Andere Beispiele sind Unortkataster[5] (Köln), HalloHier! [6](Hamburg) und SeeClickFix[7]

1 http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/baureferat/bei-anruf-licht.html
2 https://ssl2.muenchen.de/process.php?path=bau/bau_licht//bau_licht
3 http://www.fixmystreet.com/ und http://www.e-demokratie.org/definition/fixmystreet/
4 http://maerker.brandenburg.de/brandenburg
5 http://www.unortkataster.de/
6 http://www.hallohier.de/

Die Grünen/rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

(USA).
Beim Online-Bürgerbeteiligungsverfahren zum Digitalen München "Mogdy" (Munich Open Government Day) erreichte der Vorschlag „Fixmystreet für München“[8] die höchste Zustimmungsrate.
Durch ein solches Projekt auch für München könnte:

- die Bürgerbeteiligung gestärkt,
- die Kooperation zwischen Stadtgesellschaft und Stadtverwaltung intensiviert,
- die kommunale Infrastruktur verbessert,
- die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger gesteigert
- und die Arbeitsbelastung für VerwaltungsmitarbeiterInnen, die bisher selber den öffentlichen Raum in Augenschein nehmen mussten , vermindert werden.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:

Dr. Florian Roth
Fraktionsvorsitzender

[7] http://de.seeclickfix.com/
[8] https://mogdy.adhocracy.de/proposal/1637-Fixmystreet_f%C3%BCr_M%C3%BCnchen